

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Einzelnummern 10 Pf. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprechnummer: 111. Die Geschäftsstelle ist auch für die Abnahme von Anzeigen und für die Abnahme von Werbeflächen zu jeder Zeit geöffnet. In Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Vorsto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 3. Spaltenzeile 20 Goldpfennig, die 2. Spaltenzeile 30 Goldpfennig, die 1. Spaltenzeile 40 Goldpfennig. Die 3. Spaltenzeile 10 Goldpfennig, die 2. Spaltenzeile 15 Goldpfennig, die 1. Spaltenzeile 20 Goldpfennig. Sonstige und Verlagsanfragen werden nach Möglichkeit beantwortet. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist auch für die Abnahme von Anzeigen und für die Abnahme von Werbeflächen zu jeder Zeit geöffnet. In Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Vorsto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 231. — 83 Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, 2. Oktober 1924

Deutschnationale und Regierung.

Die Parteivertreterschaft der Deutschnationalen bedeutet einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Partei. Gerade weil sie sich mit ihrer Abstimmung am 29. August vor die Frage stellte, ob sie durch Ablehnung oder durch Annahme des Dawes-Gutachtens ihren Zielen näherkommen würde, also in einen Streit um die Methode gelangen mußte, sah sie sich einer auf alle Fälle neuen Methode gegenüber. Zwar entspann sich in den ersten Tagen und Wochen ein bestiger innerer Kampf, aber schließlich kam man doch zu der Einsicht, daß Leichenreden gar nichts fruchten, daß man nicht über das Vergangene, sondern nur noch über die Zukunft sprechen dürfe. Wenn diese Einsicht ganz durchgedrungen ist, ist sie aktionsbereit und — kontrastfähig.

Selbstverständlich müssen die Folgerungen aus einer solchen Tatsache gezogen werden, können es aber erst, wenn die Tatsache da ist; und so hing alles von dem Beschluß der Parteivertreterschaft ab, ob sie rückwärts oder nur vorwärts schauen wollte. Darum ist zurzeit auch auf der andern Seite Abwarten geboten. Über das, was kommen soll, liegen ja die eindeutigen Beschlüsse der Deutschen Volkspartei vor, die erklärt haben, daß sie die Bedingungen für die Heranziehung der Deutschnationalen Volkspartei in die Regierung als erfüllt betrachten, die vor der Abstimmung über die Dawes-Gesetze gestellt wurden. Und die Volksparteier haben das auch dem Reichstanzler unterbreitet mit dem Wunsch, nun an eine Regierungsumbildung heranzugehen, die den Wünschen der Deutschnationalen nach Berücksichtigung ihrer Stärke Rechnung zu tragen haben soll.

Der Reichstanzler hat darauf erklärt, daß auch er diesen Wunsch habe und derartige Verhandlungen einleiten werde, besonders da sich ja der Außenminister Dr. Stresemann ganz besonders zum Träger des Wunsches gemacht hat, die Regierungsbasis nach rechts zu erweitern. Aber auch Dr. Marx hat sich vorläufig zurückgehalten, weil er, wie die andern, erst das Ergebnis der Parteivertreterschaft abwarten wollte. Und weil naturgemäß die Widerstände im Zentrum und bei der Demokratie sehr erhebliche sind. Vielleicht weniger beim Zentrum, wo behauptet wird, daß die Mehrzahl sich dem Wunsch Dr. Marx' anschließen wird, mit den Deutschnationalen besonders deswegen zu einer Einigung zu gelangen, weil man doch mit ihnen auf dem Gebiete der christlichen Weltanschauung und der Kulturpolitik Hand in Hand marschieren kann. Und weil das Zentrum gerade wieder durch das Verhältnis mit der Sozialdemokratie stark innerlich wie äußerlich geschädigt wurde.

Bei den Demokraten sind die Ansichten geteilt. Eine Anzahl ist gar nicht dafür, das Kabinett durch die eine Tür zu verlassen, wenn die Deutschnationalen durch die andere Tür eintreten. Dazu ist das wirtschaftliche Zusammenarbeiten zahlreicher Industrieller beider Parteien, wie beispielsweise bei der Rentenbank und jetzt bei der neuen Deutschen Eisenbahngesellschaft, schon viel zu eng geworden. Die „Kur-Vollstäter“ denken freilich anders. Es ist also alles noch in der Schwebe, hängt alles von der deutschnationalen Parteivertreterschaft ab. Die Umstellung auf das Morgen wird dann aber sehr bald Verhandlungen herbeiführen müssen, da man natürlich den bringenden Wunsch hat, und zwar allseitig, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages schon deswegen zur innen- und außenpolitischen Klarheit zu gelangen, weil der Reichstag sofort vor wichtigste, namentlich außenpolitische Entscheidungen gestellt wird. Erinnerung sei nur an die Frage des Eintritts in den Völkerbund und die Notifizierung der Protestnote gegen die deutsche Kriegsschuld, eine Notifizierung, die bei einer ablehnenden Haltung der Mächte in Genf dann im Reichstag kaum noch auf Widerspruch stoßen wird.

Zu Verhandlungen bereit

Die vor Eröffnung der Parteivertreterschaft abgehaltene Sitzung der Reichstagsfraktion hatte einen Beschluß, der dahin geht, daß sich die Deutschnationale Volkspartei Verhandlungen über die Regierungsbildung nicht versagen wird, wenn die Regierung in dieser Frage an die Partei herantritt. Zur Führung solcher Verhandlungen sind bestimmt die Abgeordneten Herzog, Graf Westarp, Schiele und Behrens. Man nahm an, daß die Vertreterschaft diesem Beschluß beitreten wird.

Berlin, 30. September.

Zum Vertretertag waren Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen. Die Vertreter waren vom Landesverbandsvorstand ernannt. Ferner war der Parteivorstand vertreten, weiter sämtliche deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Mitglieder der Länder, die deutschnationalen Mitglieder des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates und des preussischen Staatsrates. Ferner die Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktionen der bundesstaatlichen Parlamente und die Landesverbandsvorsitzenden. Die Zahl der Anwesenden bezifferte sich auf etwa 500, darunter etwa 250 Stimmberechtigte, die sich aus Vorstand und Delegierten zusammensetzten.

Keine Marinekontrolle mehr.

Marinekontrollkommission aufgelöst.

Berlin, 30. September.

Da alle Abrüstungsfragen, soweit sie sich auf die deutsche Marine allein beziehen, erledigt sind, wird die interalliierte Marinekontrollkommission, laut Beschluß der Völkervertragskonferenz, mit dem heutigen Tage aufgelöst.

Für das deutsche Landheer bleibt die Kontrolle bekanntlich weiterbestehen und soll auch nach dem Beschluß des Völkerbundsrates in Genf in Zukunft aufrechterhalten bleiben.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind in der vergangenen Woche von der interalliierten Militärkontrollkommission das Reichswehrministerium, die Stäbe der Wehrkreiskommandos 1, 2 und 3, der 3. Kavalleriedivision, einige Truppenteile in Schweidnitz, Stettin und Ewinemünde, ferner Befestigungswerke in Geestemünde und Cuxhaven, verschiedene Verpflegungs-, Bekleidungs- und Zeugämter und die Polizei einiger Regierungen sowie Fabriken besucht worden. Die Prüfungen sind reibungslos verlaufen.

Die Behandlung der deutschen Denkschrift

Abergabe an den Völkerbund.

Das deutsche Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Kenntnisnahme übersandt worden. Nach Mitteilungen aus London wird erwartet, daß die britische Antwort auf das deutsche Memorandum nicht sofort erteilt wird, da es aller Wahrscheinlichkeit nach für notwendig erachtet werden wird, mit den übrigen Empfängern der Note Rat zu pflegen.

Aus Brüssel wird gemeldet, Premierminister Tjeuniss habe dem deutschen Gesandten bei der Abergabe des Memorandums die Hoffnung ausgedrückt, die deutsche Regierung werde nicht von neuem die Kriegsschuldfrage aufwerfen. Ein solcher Schritt würde äußerst bedauerlich sein. Allgemein könne gesagt werden, daß die Haltung der belgischen Regierung mit derjenigen der französischen Hand in Hand gehe. Die „Times“ schreiben, die augenblickliche deutsche Regierung beabsichtige, wie klar ersichtlich sei, die im Völkerbund vorgegebene Gelegenheit für eine neue und friedliche Zusammenarbeit mit den

zivilisierten Mächten auszunutzen. Das Blatt erteilt zum Schluß, es sei gar nicht schlecht, daß die deutschen Anfragen zu einer Überlegungspause führten; denn obgleich es in jeder Hinsicht wünschenswert sei, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde mit vollen Rechten und Verantwortlichkeiten, so müßten doch die großen Veränderungen, die sein Eintritt in die europäische Politik bewirken würde, im voraus sorgfältig erwogen werden.

Frankreichs Unterschrift.

Der französische Rabinettstakt hat die französische Abordnung in Genf telegraphisch angewiesen, das Protokoll betr. Schiedsgericht und Sicherheiten zu unterzeichnen. Auf Vorschlag Herriots wurde ferner ein Glückwunschtelegramm an die Delegation abgefaßt.

Nach dem „Matin“ hat der Rabinettstakt dem französischen Delegierten beim Völkerbund den Auftrag erteilt, bei der Unterzeichnung des Friedensprotokolls, das jetzt ausgearbeitet wird, einen gewissen Vorbehalt zu machen. Die französische Delegation solle verlangen, daß alle Dokumente für die allgemeine Konferenz Mitte März fertiggestellt seien, damit die Haltung Frankreichs auf der Konferenz rechtzeitig vorbereitet werden könne.

Einigung mit Japan in Genf.

Die Delegierten von Frankreich, Italien und England, die an einer Kompromißformel über den japanischen Antrag zum Schiedsgerichtsprotokoll, der sich gegen das amerikanische Einwanderungsverbot für Japaner richtete, arbeiteten, sind zu folgendem Beschluß gekommen: Um Japan in seinen berechtigten Forderungen Genugtuung zu geben, wird bestimmt, daß, wenn die einstimmige Entscheidung des Rates oder des ständigen Gerichtshofes erklärt, daß die Angelegenheit zur ausschließlichen Zuständigkeit des einen der beiden in Konflikt befindlichen Staaten gehört, der andere interessierte Staat ebenfalls das Recht haben soll, an den Rat zu appellieren, und zwar nicht um eine neue Entscheidung zu treffen, sondern um eine Intervention des Rates zu verlangen, damit zwischen den beiden Staaten eine friedliche Vereinbarung über den Konflikt getroffen werden kann. Es soll also kein Staat zum Angreifer erklärt werden können, außer für den Fall, daß er es unterlassen hat, nach der Entscheidung noch den Appell an den Rat um seine Vermittlung zu unternehmen.

Völkerbund und Militärkontrolle in Deutschland.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Genf, 1. Oktober. Die Tribune Genève meint, daß große Schwierigkeiten eintreten würden, sobald Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat habe. Man werde den deutschen Vertreter im Völkerbundsrat nicht bitten können, bei den Beratungen über die Militärkontrolle in Deutschland den Sitzungssaal zu verlassen und auf dem Korridor eine Zigarette zu rauchen, während die übrigen Mitglieder über die Militärkontrolle beschließen.

Eine französische Note über die 26prozentige Abgabe.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 1. Oktober. Gestern nachmittag hat Herriot an den deutschen Völkervertragsdelegation eine Note überreichen lassen, die erneut die Auffassung der französischen Regierung in der Frage der 26prozentigen Abgabe darlegt. Herriot bekräftigt entschieden, daß diese Abgabe den Bestimmungen des Sachverständigengutachtens widerspreche. Die französische Note ist als eine Antwort auf die Protestnote aufzufassen, die der deutsche Geschäftsträger in der vergangenen Woche am Quay d'Orsay überreicht hat.

Die Regelung der Abgabe für Belgien.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 1. Oktober. Der Brüsseler „Tamps“-Korrespondent bestätigt, daß der belgische Ministerpräsident grundsätzlich die Aufnahme der 26prozentigen Abgabe auf deutsche Einfuhrgegenstände beschlossen hat. Ein Dekret hierüber wird kraft eines 1920 angenommenen Gesetzes in nächster Zeit erscheinen. Vorläufig ist noch die Form der Erhebung an der luxemburgisch-deutschen Grenze zu regeln. Die Maßnahmen werden innerhalb der ersten Oktoberhälfte in Kraft treten.

Abbruch der belgisch-französischen Zollverhandlungen.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 1. Oktober. Die bisherigen, zwischen Belgien und Frankreich gepflogenen Verhandlungen über die Anpassung der gegenseitigen Zollsätze verliefen ergebnislos.

Eine Protestnote der Balkanstaaten.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Wien, 1. Oktober. Die Balkanstaaten haben eine gemeinsame Konferenz abgehalten und beschlossen, eine gemeinsame Note an die Wiener Regierung zu richten mit der Aufforderung, die angeblich in Wien sitzende bolschewistische Propagandazentrale für den Balkan aufzulösen.

Keine Regierungskrise wegen der irischen Grenzfrage.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 1. Oktober. Nach Ansicht der gesamten englischen Presse ist wegen der irischen Grenzfrage eine Regierungskrise kaum zu erwarten. Vielmehr werden die Liberalen die Regierungsanträge restlos unterstützen und auch die Opposition wird sich auf die Stellung von Abänderungsanträgen beschränken, so daß man hofft, in kurzer Zeit die gesetzgeberischen Maßnahmen durch das Unterhaus und durch das Oberhaus gebracht zu haben. Eine große Anzahl der Konservativen begibt sich in diesen Tagen zum Parteitag nach Newcastle.

Die Lage in Mesopotamien.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 1. Oktober. Die Lage in Mesopotamien nimmt die fortgesetzte Aufmerksamkeit der englischen Regierung in Anspruch. Man hat eine Note an die türkische Regierung in Konstantinopel gerichtet, in der man die Türkei bittet, sofort die Einstellung von Feindseligkeiten und des Bormarsches an der mesopotamischen Grenze zu veranlassen. Engländerseits sind die Kampfhandlungen angeblich schon seit sechs Tagen eingestellt worden. Die Verluste betragen auf englischer Seite drei Mann, aber auch diese scheinen nur verletz zu sein.

Zunahme des Aufstandes in Georgien.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 1. Oktober. Die georgische Delegation in Genf veröffentlicht ein Kommuniqué, wonach im Kaukasus noch immer heftige Zusammenstöße zwischen den Aufständigen und Sowjettruppen stattfinden und der Aufstand sich weiter ausdehnt.